



2021/16 Thema

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/16/keine-rueckkehr-fuer-armenier>

Nach dem Krieg gegen Armenien ist das Alijew-Regime in einer starken Position

Keine Rückkehr für Armenier

Von **Marcus Latton**

Nach dem Sieg über Armenien im Krieg um Bergkarabach konsolidiert Aserbaidshans seine Macht.

Ein Korridor, behangen mit Hunderten erbeuteter Helme armenischer Soldaten; nachgebaute Armeebarracken mit Wachfiguren, die armenische Kämpfer darstellen sollen; Überreste von zerstörten Panzern, Iskander-Raketen und Artilleriegeschützen – derlei lässt sich im «Park der Kriegstrophäen» bestaunen, dem neuesten Ausflugsziel von Aserbaidshans Hauptstadt Baku. In Kampfuniform wohnte Präsident Ilham Alijew am 12. April der Eröffnung des Museums bei, das den Sieg über Armenien im Krieg um Bergkarabach von September bis November vorigen Jahres propagandistisch ausschlachtet.

Von den 150 000 armenischen Bewohnern von Bergkarabach musste fast die Hälfte flüchten.

Die Eroberung eines Drittels der Territoriums der umstrittenen Enklave Bergkarabach und umliegender, von Armenien seit 1994 besetzter Gebiete dürfte für den Autokraten Alijew eine Genugtuung sein. Er hatte 2003 von seinem Vater, dem vormaligen KGB-General Heydar Alijew, nicht nur das Amt des Präsidenten, sondern auch einen der kompliziertesten Territorialkonflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geerbt, in dem er nun einen bedeutenden Erfolg errungen hat.

Zwischen 1988 und 1994 kämpften armenische und aserbaidshansische Truppen um die Unabhängigkeit des nach internationalem Recht zu Aserbaidshans gehörenden Territoriums Bergkarabach, das auf armenischer Seite Arzach genannt wird. 750 000 Aserbaidshaner flohen infolge des Kriegs und der ethnischen Auseinandersetzungen aus Bergkarabach und Armenien, Schätzungen zufolge mussten 360 000 Armenier Aserbaidshans verlassen. Die zwei ehemaligen Sowjetrepubliken hatten sich in einem brutalen Konflikt zu unabhängigen Nationalstaaten entwickelt. Im Grenzgebiet zwischen den beiden Ländern entstand die von Armenien gestützte, international nicht anerkannte Republik Arzach, was die aserbaidshansische Regierung nie akzeptiert hat.

Verhandlungen im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter Vorsitz von Frankreich, Russland und den USA konnten in fast 30 Jahren Dauer den

Konflikt nicht beilegen. Dieser galt als »eingefroren«, immer wieder kam es zu Gefechten mit Toten auf beiden Seiten. Aserbaidischans Diktator Alijew schloss nie aus, das Gebiet militärisch zurückzuerobern, sollten die Verhandlungen kein Ergebnis bringen. Dabei wusste er weite Teile der aserbaidisch-anischen Öffentlichkeit hinter sich.

Im vergangenen Jahr wurden diese Drohungen Wirklichkeit. Mit militärischer Unterstützung der Türkei und einigen Hundert aus dem syrischen Bürgerkrieg rekrutierten islamistischen Milizionären griff Aserbaidisch an. Offiziellen Angaben zufolge starben insgesamt über 5 58 Menschen, bis Russland Anfang November intervenierte und die Kriegsparteien zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens bewegte. Weite Teile Bergkarabachs waren da schon unter aserbaidisch-anischer Kontrolle. Von den 150 00 armenischen Bewohnern von Bergkarabach musste fast die Hälfte flüchten. Etwa 2 00 russische Soldaten sollen in Zukunft die Einhaltung des Waffenstillstands überwachen.

In dem von Russland vermittelten Waffenstillstandsabkommen wurde neben territorialen Regelungen auch ein Gefangenenaustausch verabredet. Doch noch immer hält Aserbaidisch an eine unbekannte Zahl an armenischen Soldaten sowie viele weitere Zivilisten in Gefangenschaft. Die armenische Regierung spricht von mehr als 200 Menschen. Als am 9. April ein Flugzeug in der armenischen Hauptstadt Eriwan landete, das befreite Gefangene aus Aserbaidisch an bringen sollte, war die Maschine fast leer. Wie der Sender Radio Free Europe/Radio Liberty berichtete, warf die armenische Regierung Aserbaidisch an vor, das Abkommen gebrochen zu haben.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) erlitten armenische Soldaten in Gefangenschaft schwere Misshandlungen und Folter. Es handele sich um Kriegsverbrechen, sagte der HRW-Direktor für Europa und Zentralasien, Hugh Williamson, am 19. März. Außerdem sei es »sehr besorgniserregend, dass eine Zahl vermisster armenischer Soldaten zuletzt in Gefangenschaft gesehen wurde, es aber keine Angaben zu ihrem Verbleib gibt«.

Bereits während des Kriegs zirkulierten in den sozialen Medien Videos, die Kriegsverbrechen wie Misshandlung und Hinrichtungen von Gefangenen oder Schändungen von Leichen zeigten. Am 10. Dezember rief die Menschenrechtsorganisation Amnesty International beide Kriegsparteien zur Untersuchung der Vorfälle auf. Eines der Videos zeigte aserbaidisch-anische Soldaten bei der Enthauptung eines Gefangenen mit einem Messer. Seitdem wurden immer mehr Videos von Kriegsverbrechen bekannt, auch solche, die aserbaidisch-anische Soldaten zeigen, wie sie Kriegsgefangene misshandeln oder erniedrigen.

Die aserbaidisch-anische Regierung bezeichnet viele der inhaftierten Armenier als »Mitglieder einer terroristischen Sabotagegruppe«, die nach Beginn des Waffenstillstands in aserbaidisch-anisches Territorium entsendet worden sei. Das armenische Außenministerium bestreitet das und fordert, sie wie reguläre Kriegsgefangene zu behandeln und dem Abkommen entsprechend freizulassen.

»Aserbaidisch an versucht, aus den Ergebnissen des Kriegs den maximalen Vorteil zu ziehen, und setzt deshalb Armenien an seinen verwundbaren Punkten unter Druck«, sagte der Direktor des armenischen Think Tanks Caucasus Institute, Alexander Iskandarjan, bei einer Pressekonferenz in der armenischen Hauptstadt am 9. April. Die Kriegsgefangenen dienten als Druckmittel in den Verhandlungen über die Nachkriegsordnung und die zukünftige regionale Infrastruktur nicht nur in Bergkarabach.

Die Pläne des aserbaidischen Autokraten Alijew sind ambitioniert: Die aserbaidische Exklave Nachitschewan, die sich unter diesem Namen als autonome Republik konstituiert hat und die von Armenien und der Türkei umschlossen wird, soll wieder mit dem Rest Aserbaidschans verbunden werden. Dazu soll eine jahrzehntlang stillgelegte Bahnlinie aus Sowjetzeiten durch Armenien hindurch wiederaufgebaut werden. Unterstützung dafür gibt es nicht nur von Russland, das bei dem Plan vermittelte, sondern auch vom südlichen Nachbarn Iran, entlang dessen Grenze zu Armenien die Bahnstrecke verläuft. »Die Wiedereröffnung der Bahnlinie nach Culfa (Nachitschewan) ist notwendig für Irans Zugang zu seinen Nachbarländern und dem eurasischen Markt«, sagte der iranische Außenminister Mohammed Javad Zarif am 18. Februar.

Auch für den Wiederaufbau der im Krieg eroberten Gebiete verkündete die aserbaidische Regierung weitreichende Pläne. Es müssen nicht nur Minen geräumt und die zerstörte Infrastruktur repariert werden, die Regierung will auch sogenannte *smart cities* errichten, also Städte, in denen Daten über Mobilität, Energie und Verwaltung in Echtzeit erhoben und verknüpft werden. Zudem plant der Ölstaat im eroberten Bergkarabach Solar- und Windkraftprojekte sowie den Bau von Staudämmen.

Ausländische Investoren sollen dabei helfen. Die mit Aserbaidschan verbündete Türkei, die schon jetzt eine bedeutende Rolle für die Außenwirtschaft des Landes spielt, ist dabei der erste Ansprechpartner. Bei Ausschreibungen für Wiederaufbauprojekte würden türkische Firmen bevorzugt, teilte die aserbaidische Regierung mit. Mit dem von Alexander Lukaschenko autoritär regierten Belarus beteiligt sich ein weiterer Verbündeter der Regierung Alijew an den Infrastrukturprojekten. Bei einem Staatsbesuch am 14. April in Baku besprachen Lukaschenko und Alijew unter anderem die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die antiarmenische Kultur- und Geschichtspolitik Aserbaidschans drückt sich auch in der Besetzung des Territoriums aus. Alijews Land ist neben der Türkei der einzige Staat der Welt, der den Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich explizit bestreitet. Seit der Unabhängigkeit Aserbaidschans und dem Beginn der Konflikte mit Armenien wurden in Aserbaidschan unzählige armenische Friedhöfe, Klöster, Kirchen und Kulturdenkmäler zerstört. 2005 wandelten beispielsweise aserbaidische Behörden den mittelalterlichen armenischen Friedhof von Culfa in der Exklave Nachitschewan in einen Militärübungsplatz um und zerstörten ihn dabei vollkommen.

Ähnliches wiederholte sich in den vergangenen Monaten. So wurden der armenischen Regierung und verschiedenen Presseberichten zufolge armenische Kirchen zerstört. Mitte März kam es bei einem Besuch Alijews im zuvor von Armeniern bewohnten Hadrut in Bergkarabach zu einem exemplarischen Vorfall: Bei der Besichtigung einer Kirche ordnete er vor laufenden Kameras die Entfernung armenischer Inschriften an. Offensichtlich handele es sich dabei um Fälschungen und bei der Kirche in Wahrheit um einen albanischen Tempel, so Alijew. Das entspricht der aserbaidischen Staatshistoriographie, der zufolge die Armenier kein kulturelles Erbe im Südkaukasus hätten. Armenische Kirchen und Klöster seien in Wirklichkeit von den Kaukasusalbanern errichtet worden – den vorgeblichen Vorfahren der heutigen Aserbaidschaner.

»Trotz der Versuche, sich der Welt als Zentrum der Toleranz und des Multikulturalismus zu präsentieren, hat Aserbaidschan bewiesen, dass es führend in der Zerstörung christlichen Erbes ist«, sagte Anna Naghdaljan, Sprecherin des armenischen Außenministeriums, Ende März. Auf

armenischer Seite wird dieser Vandalismus oft als »kultureller Genozid« bezeichnet, was einen Bezug zur Zerstörung armenischer Bauten nach dem Völkermord in der Türkei herstellen soll.

Nach dem Sieg in Bergkarabach präsentiert sich Aserbaidshan als erstarkte Regionalmacht, die mit ihren Nachbarn Türkei, Russland, Iran und Georgien gute Beziehungen pflegt. Viele der aserbaidshanischen Flüchtlinge, die Bergkarabach in den Neunzigern verlassen mussten, können hoffen, in ihre alten Wohnorte zurückzukehren. Die Staatspropaganda zelebriert diese Bemühungen und macht dabei klar, wer in Bergkarabach keinen Platz mehr haben soll: Armenier.